



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe VII/2013 – 22.04.2013)

Liebe Leserinnen und Leser,

die vergangene Sitzungswoche wurde von zwei großen Themen beherrscht: die Hilfen für Zypern und die Debatte um die Frauenquote.

Unsere SPD-Bundestagsfraktion hat den Zypern-Hilfen mehrheitlich zugestimmt. Uns geht es um die Solidarität mit den Menschen in Zypern und um den Zusammenhalt der Euro-Zone, aber selbstverständlich nicht um die Subventionierung von Steuerbetrug. Das beweisen unsere Forderungen, die von der Regierung Merkel weitgehend übernommen wurden: Verkleinerung des Bankensektors, ein höherer Steuersatz in Zypern, Beteiligung der Aktionäre und Großsparer an der Rettung. Diejenigen, die jahrelang von hohen Zinsen profitiert haben, müssen nun auch einen Teil der Kosten mittragen. Das ist nur fair. Das zögernde und zaudernde Krisenmanagement Merkels hat dagegen wieder einmal Verwirrung und Angst in Europa geschürt. Frau Merkel und Herr Schäuble irrlichtern durch die Schuldenkrise – zulasten der Menschen.

Am vergangenen Donnerstag war im Deutschen Bundestag ein trauriges Schauspiel zu beobachten. Wir wurden Zeuge, wie die Arbeitsministerin von der Leyen von der Vorkämpferin für eine feste Frauenquote zur obersten Umfallerin der Republik wurde. Selten durfte man einen solchen Verrat an den Frauen miterleben. Dabei war hier die einmalige Chance gegeben, über Parteigrenzen hinweg gemeinsam für eine Quote für Frauen in Aufsichtsräten zu kämpfen. Es ist durchaus beschämend, dass die Revoluzzerinnen in den Reihen der Union sich einschüchtern und einlullen ließen von vorgetäuschten Versprechen. Dabei hat die Kanzlerin mit ihrem Schwenk bewiesen, dass sie gar nicht so standfest ist, wie viele glauben. Wenn es ernst wird, kümmert sie nicht mal ein Parteitagsbeschluss. Unter Druck wechselt Merkel ihre Meinung wie ihre Blazer.

Viele Jahre hatte die Wirtschaft Zeit, für mehr Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten zu sorgen – doch sie hat weiter systematisch Männer begünstigt. Es geht nicht ohne Quote. Und dazu gehört eine gerechte, gleiche Bezahlung und eine gewährleistete, gute

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe VII/2013 – 22.04.2013)

Kinderbetreuung. Die CDU-Politikerin Rita Süssmuth sagte unlängst, wir Deutschen wären eher auf dem Mond gewesen als moderne Familienpolitik hinzubekommen. Da ist was dran.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, LIS WEY
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 [Topthema: SPD-Fraktion stimmt Zypern-Hilfen zu](#)
- 05 [Gleichstellung: Umfallerinnen verhindern Frauenquote](#)
- 07 [Aktuelle Stunde: Handlungsbedarf beim Kampf gegen Steuerhinterziehung](#)
- 07 [Recht: Wirtschaftskriminalität bekämpfen](#)
- 09 [Gesundheit/Verbraucherschutz: Raus aus der Beitragsschuldenfalle](#)
- 10 [Arbeit: Teilzeit ist gut und schlecht – je nach Lebenslage](#)
- 12 [Fraktion: SPD-Fraktion trauert um Ottmar Schreiner](#)

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe VII/2013 – 22.04.2013)

TOP-THEMA

SPD-Fraktion stimmt Zypern-Hilfen zu

Bei Abstimmungen über europäische Finanzhilfen für Krisenländer ist uns von der SPD oft vorgehalten worden, ohnehin immer der Bundesregierung zu folgen, also für Hilfen zu stimmen. Das ist ein Missverständnis. Denn mitnichten geht es den Sozialdemokratinnen und -demokraten darum, die inkompetente Regierung von Angela Merkel (CDU) zu unterstützen. Unsere SPD handelt stets im Interesse Europas.

In der Debatte um die nun anstehenden Hilfen für Zypern stellte unser SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier darum auch klar: „Unsere Zustimmung ist keine Zustimmung zu Ihrem Krisenmanagement.“ In Fragen der Zypern-Rettung habe man einen „Dilettantismus“ der Regierung erlebt, der gipfelte in der „erbärmlichen Vorstellung des Finanzministerrates“, sagte Steinmeier. Mit dem Vorhaben, auch Kleinsparer an der Bankenrettung zu beteiligen, hätten die Finanzminister Angst in Europa verbreitet. Steinmeier wies darauf hin, dass Schäuble diesem zynischen Vorschlag entweder zugestimmt mindestens aber ihn nicht verhindert habe.

In Wahrheit ist es so, dass wir von der SPD uns mit unseren Forderungen schlussendlich durchgesetzt haben und die Bundesregierung auf unsere SPD-Linie eingeschwenkt ist. Dazu gehört die Verkleinerung des zyprischen Bankensektors, vor allem aber der Einbezug von Aktionären und Großsparerern mit exorbitanten Vermögen, die jahrelang von den hohen Zinsen profitiert hatten. Steinmeier fasste die Haltung seiner Fraktion so zusammen: „Wir sind solidarisch mit Zypern, aber nicht mit einem System, das Steuerhinterziehung begünstigt“. Es könne nicht sein, dass man mit nationalen Steuerdumpingsätzen ein paar schöne Jahre habe und dann von den europäischen Nachbarn Solidarität einfordere. Für Steinmeier ist im Fall Zypern klar: „Steuererhöhungen sind Strukturreformen – sie gehören dazu.“ Dumpingsätze von zehn Prozent sind damit passé.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe VII/2013 – 22.04.2013)

Keine Krise des Währungs-, sondern des Bankensystems

Die Bundesregierung rühmt sich gern, die Lage in Deutschland sei sehr gut. Daraus leitet sie dann ab, die krisengeschüttelten Länder müssten einfach den deutschen Belehrungen folgen, dann werde das schon wieder. Steinmeier: „Die Personen auf der Regierungsbank haben keinen Anteil daran, dass es uns besser geht als anderen Ländern.“ Außerdem sei Deutschland mit einer Wachstumsprognose von unter einem Prozent kaum als europäische Lokomotive zu bezeichnen.

Auch in Europa seien wir „auf dem Weg“, aber von günstigen Aussichten könne keine Rede sein, so Steinmeier. Nicht zuletzt die Verlängerungen der Kreditlinien für Portugal und Irland belegen Steinmeiers Aussage. Steinmeier schloss seinen Debattenbeitrag mit der Feststellung: „Dieses Land wird unter seinen Möglichkeiten regiert. Ihre Chance wird in 157 Tagen nicht wiederkommen.“

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Carsten Schneider präzisierte in der Debatte noch einmal die Situation in der Eurozone: „Wir haben keine Krise des Währungssystems, sondern eine Krise des Bankensystems.“ Schneider stellte auch noch einmal unmissverständlich klar, dass die SPD nicht für eine gesamtschuldnerische Haftung für andere Länder sei – was schon das deutsche Grundgesetz verbiete. „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind aber sehr wohl für eine stärkere Vereinheitlichung der Steuerpolitik.“ Er erklärte, dass zu einer europäischen Bankenaufsicht nach Meinung der SPD ein gemeinsamer Fonds gehöre, in den die Aktionäre der Banken, also die Banken selbst, einzahlen. Vor allem mit diesem Geld sollen die Banken stabilisiert werden und nicht mit dem Geld der Steuerzahler.

Die Anträge über das Ob und Wie der Zypern-Rettung in Höhe von 10 Milliarden Euro des ESM wurden am Donnerstagmittag mit großer Mehrheit vom Deutschen Bundestag angenommen. Gleiches gilt für die Verlängerung der maximalen durchschnittlichen Laufzeit der Darlehen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), des vorläufigen Euro-Rettungsschirms, für Irland und für Portugal.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe VII/2013 – 22.04.2013)

GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Umfallerinnen verhindern Frauenquote

Eine Frauenquote bei der Besetzung von Aufsichtsgremien in Unternehmen hat mittlerweile eine Reihe von Staaten in Europa eingeführt. Dazu zählen u. a. Norwegen, Belgien und Spanien. In Deutschland steht die schwarz-gelbe Koalition auf der Bremse. Aus Angst, dass 21 Abweichterinnen aus den eigenen Reihen dem Gesetzentwurf von SPD und Grünen zustimmen, hat die CDU am 15. April einen halbherzigen Beschluss zur Quote gefasst: Nun soll im Wahlprogramm von CDU/CSU eine Frauenquote von 30 Prozent von 2020 an stehen.

Doch wirklich hinter der Frauenquote stehen weder die Kanzlerin noch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder. Ganz im Gegenteil: Es formiert sich der Widerstand in der Unionsfraktion gegen Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die bis zum 15. April an der Spitze der Abweichter/innen stand. Doch sie, weitere Unionsfrauen, einige -männer und wenige Frauen aus der FDP fielen um und stimmten gegen die Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten von zunächst 20 Prozent bis 2018 und 40 Prozent bis 2023. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sprach in der Debatte von „Volksverdummung“ und einem „billigen Kompromiss“, auf den die Quotenbefürworter/innen in der Koalition hereingefallen seien. Denn er speise die Frauen mit einer vagen Ankündigung im Wahlprogramm ab. Zumal die Union behauptete, diese Frauenquote gemeinsam mit der FDP umsetzen zu wollen, wo doch alle wüssten, dass eine Quote mit der FDP nicht zu machen sei. Damit führe die Union „die Menschen hinter die Fichte“, sagte Steinmeier.

Zeit für eine gesetzliche Frauenquote für Führungspositionen

Steinmeier sagte, dass es einem bei der Rede des Fraktionsvorsitzenden der Union, Volker Kauder, schwindelig werden könne, weil dieser gleichzeitig für und gegen die Frauenquote geredet habe. Die von der Koalition und Frauenministerin Schröder (CDU) immer wieder propagierte freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmen sei nichts neues, stellte der SPD-Fraktionschef klar. Doch sie habe fast nichts gebracht. Es müsse nun Schluss sein mit

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe VII/2013 – 22.04.2013)

Reden und Lamentieren. Nun müssten Taten folgen und „nicht der Flexiquotenquatsch“ von Ministerin Schröder, damit „Frauen nicht in den Startlöchern stecken bleiben“.

Freiwillige Selbstverpflichtungen bringen Frauen nichts

Seit der freiwilligen Selbstverpflichtung der Wirtschaft im Jahr 2001 unter Rot-Grün werden Frauen bei der Besetzung der Aufsichtsgremien in Unternehmen nach wie vor benachteiligt. Nur 13 Prozent der Aufsichtsratsposten sind im Jahr 2013 mit Frauen besetzt, und in den Vorständen sind es sogar nur vier Prozent. „Wenn das in dem Tempo so weitergeht, dauert es bis zur Mitte des Jahrhunderts, bis 40 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten erreicht worden sind“, warf Steinmeier Schwarz-Gelb vor. Er appellierte an die Vernunft der Quotenbefürworter/innen in den Reihen der Koalition, die Frauen nicht im Regen stehen zu lassen, sondern dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Die Rechtspolitikerin unserer SPD-Fraktion, Eva Högl, verwies in der Debatte auf das widersprüchliche Agieren der Kanzlerin, die Anfang 2013 in einer Rede vor Wirtschaftsvertretern die niedrige Anzahl von Frauen in Führungspositionen bedauert habe, aber die Frauenquote auf EU-Ebene ausbremse. Die Frauenquote in den Führungsetagen von Unternehmen müsse gesetzlich geregelt werden, denn es habe nichts mit Qualifikation zu tun, wenn die Posten in den Vorständen zu 96 Prozent mit Männern besetzt seien.

Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks, sprach mit Blick auf den Kompromiss von Kanzlerin Merkel, im Wahlprogramm der CDU eine Frauenquote von 30 Prozent in den Aufsichtsräten von Unternehmen ab 2020 aufzunehmen, von einem Täuschungsmanöver. Weil die Koalition trotz Quotenbefürworter/innen geschlossen gegen die Frauenquote stimmen werde, habe der Fortschritt in unserem Land verloren.

Hintergründe sind hier zu finden: <http://www.spdfraktion.de/themen/umfallerinnen-verhindern-frauenquote>.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe VII/2013 – 22.04.2013)

AKTUELLE STUNDE

Handlungsbedarf beim Kampf gegen Steuerhinterziehung

Die Enthüllungen über die kriminellen Steuerhinterziehungen reicher Menschen, genannt Offshore-Leaks, reißen nicht ab. Die atemberaubende Dimension des Steuerbetrugs wird nach und nach deutlich. Während die FDP sich gegen wirkliche Bekämpfung der Steuerflucht sperrt, fordern wir von der SPD schon seit Jahren eine härtere Gangart und forcieren auch den Ankauf von Steuer-CDs – wie unlängst durch Rheinland-Pfalz geschehen. In einer von uns Sozialdemokraten beantragten Aktuellen Stunde am vergangenen Donnerstag sagte der stellv. Fraktionschef Joachim Poß: „Stellen Sie sich mal vor, Herr Schäuble, wir hätten jetzt das Steuerabkommen mit der Schweiz. Dann müssten Sie sich nun rechtfertigen. Nur weil wir das unselige Abkommen abgelehnt haben, können Sie sich jetzt als oberster Bekämpfer von Steuerbetrug gerieren.“ Poß zitierte die Neue Zürcher Zeitung, die geschrieben hatte, dass der Rückenwind für einen Infoaustausch in der EU noch nie so stark war. Poß bezeichnete FDP-Fraktionschef Brüderle als Schutzpatron der Steuerflüchtigen.

RECHTSPOLITIK

Wirtschaftskriminalität bekämpfen

Wirtschaftskriminalität ist eines der größten und meistunterschätzten Delikte, es ist ein weltweites Phänomen, das alle Bereiche der Wirtschaft trifft: Unternehmen und Kreditinstitute, öffentliche Hand und Sozialversicherungssysteme, Anlegerinnen und Anleger, Sparerinnen und Sparer, Verbraucherinnen und Verbraucher. In den Fokus rücken neben Schmiergeldskandalen vermehrt auch Lebensmittelskandale mit falsch deklariertem Fleisch und Steuerbetrug. Wir von der SPD-Bundestagsfraktion wollen Wirtschaftskriminalität effektiv bekämpfen.

Die Bilanz ist erschreckend: Jedes zweite der im Rahmen einer Studie befragten Unternehmen (52 Prozent) war im Jahr 2011 in Bezug auf Wirtschaftskriminalität von

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe VII/2013 – 22.04.2013)

mindestens einem Schadensfall betroffen. Durch so etwas verlieren Menschen ihren Arbeitsplatz, wird der Wettbewerb verzerrt. Vor allem aber sinke das Vertrauen in unser Wirtschaftssystem und die Menschen und bei vielen entstehe der fatale Eindruck, man hänge die Kleinen und ließe die Großen laufen, wie unsere SPD-Fraktionsvizin Christine Lambrecht am vergangenen Freitag im Bundestag erklärte. „Deshalb müssen wir die Einführung eines Unternehmensstrafrechtes prüfen.“ Wenn der Staat nicht entschieden gegen Millionengaunereien vorgeht, entsteht eine kaum zu schließende Gerechtigkeitslücke. Gelder, die dem Staat verschleiert werden, fehlen vor allem auch in der Finanzierung der öffentlichen Haushalte – was wiederum die normalen Bürgerinnen und Bürger am härtesten spüren. Wirtschaftskriminelle leben auf Kosten der Kleinen.

Dunkelziffer von Steuersündern zu hoch

Die ehrlichen Steuerzahlerinnen und -zahler sehen, dass der Staat nicht gleichmäßig gegen Steuerhinterzieher oder kriminelle Unternehmen vorgeht. Im Jahr 2010 beträgt der Schaden durch wirtschaftskriminelle Machenschaften laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) rund 4,66 Milliarden Euro, mehr als die Hälfte des Gesamtschadens, der durch aufgeklärte Delikte entstanden ist. Wirtschaftskriminalität hatte aber nur einen Anteil von 1,7 Prozent aller Straftaten, die 2010 in Deutschland begangen worden waren. (Bundeskriminalamt (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 2011). Ein erhebliches Dunkelfeld sei aber zu vermuten, heißt es von Seiten unserer SPD. Vor allem fehlen die Milliarden, die in Steueroasen geschafft wurden. Deshalb müsse man grenzüberschreitend mit anderen Behörden zusammenarbeiten. Der Austausch von Daten von potenziellen Steuerbetrügnern zwischen Staaten solle deshalb endlich rechtlich geklärt werden. Unser SPD-Finanzexperte Lothar Binding sagte dazu: „Wenn die Regierung die Steuerhinterziehung wirklich bekämpfen wollen würde, dann müsste sie sich in der G8-Runde und der EU stärker für ein Online-Register für Steueroasen einsetzen.“

Wir von der SPD fordern in unserem Antrag „Wirtschaftskriminalität effektiv bekämpfen“ (Drucksache 17/13087) die Bundesregierung auf, ein schlüssiges Konzept zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in Deutschland zu erstellen. Die Verfahren für die Strafverfolgung



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe VII/2013 – 22.04.2013)

müssen erheblich verbessert werden, damit Steuerhinterziehung und Korruption der Großen nicht die Lasten der Kleinen bleiben. Der Tatort „Internet“ muss besser überwacht werden. Dafür soll die Gruppe für die Bekämpfung von „Cybercrime“ des Bundeskriminalamts (BKA) besser ausgestattet werden. Unsere SPD möchte eine transparente Zusammenarbeit von Bund und Ländern, um vorbeugend gegen Geldwäsche vorgehen zu können.

GESUNDHEIT/VERBRAUCHERSCHUTZ

Raus aus der Beitragsschuldenfalle

Seit 2007 kommen auf Versicherte bei gesetzlichen Krankenversicherungen, die ihre Beiträge nicht bezahlt haben, Säumniszuschläge in Höhe von fünf Prozent im Monat zu. Diese Regelung wurde bei der Einführung der allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherungspflicht auf Drängen der Union eingeführt, die befürchtete, dass freiwillig Versicherte trotz eingeschränkter Versicherungsleistung keine Beiträge zahlen und wachsende Schulden in Kauf nehmen.

Doch in der Praxis bedeuten diese Zuschläge ungerechten Wucher. Aus kleinen Beitragsschulden werden so in kurzer Zeit riesige Schuldenberge. Das schadet den Versicherten und auch der gesetzlichen Krankenversicherung.

Die zuvor bestehende Regelung, nach der für Beitragsschulden Säumniszuschläge von einem Prozent zu zahlen waren, reicht vollkommen aus. Deshalb fordern wir von der SPD-Fraktion in unserem Antrag „Keine überhöhten Säumniszuschläge bei Beitragsschulden“ (Drucksache 17/12069) zu dieser früheren Regelung zurückzukehren. Damit Personen aus der Schuldenfalle herauskommen, die trotz der bestehenden Versicherungspflicht über längere Zeit nicht krankenversichert waren, soll für sie die Zahlung der Säumniszuschläge begrenzt werden. Künftig soll auch in der gesetzlichen Krankenversicherung gelten, was bei den privaten Krankenversicherungen gilt: Danach wird ein Monatsbeitrag je angefangenem Monat der Nichtversicherung fällig. Ab dem sechsten Monat wird für jeden weiteren Monat der Nichtversicherung nur noch ein Sechstel des Monatsbeitrags fällig. Für Altfälle mit

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe VII/2013 – 22.04.2013)

hohen, auf den Säumniszuschlägen beruhenden Beitragsschulden sollen die Krankenversicherungen sozialpolitisch tragfähige Lösungen vorsehen. Die nachzuzahlenden Beiträge sollen ermäßigt oder gestundet werden, oder es wird gänzlich auf die Nachzahlung verzichtet.

Bestehende Lücken in der gesetzlichen Versicherungspflicht sollen geschlossen werden, damit keine Bürgerin und kein Bürger aus der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht herausfallen bzw. nicht erfasst werden können. Hier soll der Grundsatz gelten, dass eine bestehende Krankenversicherung nur dann gekündigt werden, wenn eine Versicherung bei einem anderen Versicherer nachgewiesen werden kann.

ARBEIT

Teilzeit ist gut und schlecht – je nach Lebenslage

Jeder fünfte erwerbstätige Mensch arbeitet in Teilzeit, laut Statistischem Bundesamt. Diese Beschäftigungsform ermöglicht es vielen Arbeitnehmern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Doch die meisten Erwerbstätigen in Teilzeitjobs arbeiten entweder mehr als gewünscht oder weniger. Die Bundestagsfraktion unserer SPD hat in der Folge ein Gesetz entworfen, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Zeitsouveränität einräumt. Das wurde am Donnerstag im Deutschen Bundestag vorgestellt (Drucksache 17/113084).

Viele Teilzeitbeschäftigte, die aus Gründen wie Krankheit, Unfall oder Fortbildung die Verringerung der Arbeitszeit beantragt haben, können meist nicht in die Vollzeitarbeit zurückkehren. Vor allem schwangere Frauen oder Arbeitnehmer, die mehr Zeit für die Pflege ihrer Familienangehörigen benötigen, sind in der „Teilzeitfalle“ gefangen. Mehr als zwei Drittel der Frauen, die ein minderjähriges Kind haben, arbeiten nach Angaben des Statistikamts in Teilzeit. Den Frauen wird dadurch der Weg in die Führungsetagen der deutschen Firmen verbaut. Nach der Babypause sind ihnen fast alle Aufstiegschancen verbaut. Das ist auch ein Grund, warum die Gehaltsspanne zwischen Frauen und Männern



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe VII/2013 – 22.04.2013)

noch immer 23 Prozent beträgt, denn Führungspositionen werden fast ausschließlich von Vollzeitbeschäftigten besetzt.

Viele Menschen in einer Teilzeitbeschäftigung arbeiten weniger als 32 Stunden, weil sie keine Vollzeitbeschäftigung finden (20,6% der Teilzeitbeschäftigten würden gerne im Durchschnitt 15,5 Stunden mehr arbeiten, Statistisches Bundesamt 2013, Mikrozensus 2011). Minijobberinnen und Minijobber möchten mehr arbeiten. Mit einer höheren Arbeitszeit können sie von der geringfügigen Beschäftigung zu einer regulär sozialversicherten Beschäftigung gelangen.

Rückkehranspruch zu Vollzeit

Viele private Verpflichtungen binden die Menschen nicht ihr ganzes Leben, aber zu viele stecken in der „Teilzeitfalle“. Der Gesetzentwurf der SPD sieht deshalb vor, dass jeder die Möglichkeit haben muss, in die befristete Arbeitszeitreduzierung zu wechseln. Die Arbeitnehmer müssen aber auch einen Rückkehranspruch zu Vollzeit haben. Der soll im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankert werden.

Nicht immer aber ist Teilzeit möglich. Das Gesetz verlangt daher, dass die Betriebe darlegen müssen, dass Teilzeitanstellungen nicht mit ihrer Organisation und dem Arbeitsablauf vereinbar sei. Arbeitnehmer, die die Verringerung ihrer Wochenarbeitszeit beantragen, dürfen demnach nicht ohne gute betriebliche Begründung entlassen werden. In dem Gesetzentwurf werden die wesentlichen Gründe für den Wechsel zu Teilzeit festgehalten. Die lägen vor, wenn die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer

- mindestens ein Kind unter 14 Jahren hat oder
- wenn ein Familienangehöriger oder die Lebensgefährtin oder der Lebensgefährte pflegebedürftig sind und das durch ein ärztliches Gutachten bestätigt wird.

Teilzeitarbeit ist nicht per se schlecht oder gut – auf die Lebenslage kommt es an. Weniger Arbeitsaufwand bedeutet mehr Zeit für andere Dinge. Teilzeit sichert Arbeitsplätze und



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe VII/2013 – 22.04.2013)

schafft neue. Aber Arbeitnehmer müssen das Recht haben, selbst zu bestimmen, wie viel sie arbeiten möchten.

FRAKTION

SPD-Fraktion trauert um Ottmar Schreiner

Mit Trauer und Bestürzung haben wir vom Tod unseres langjährigen Freundes, Kollegen und Weggefährten Ottmar Schreiner erfahren. Er wird uns fehlen. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie.

„Ottmar Schreiner war ein aufrechter Sozialdemokrat, der mit Geduld, Zähigkeit, messerscharfem Verstand, großem Herz und vor allem mit nie nachlassender Leidenschaft für Gerechtigkeit und sozialdemokratische Werte gestritten hat. Sein Tod hinterlässt eine große Lücke in der sozialdemokratischen Familie“, erklärte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier.

Ottmar war seit 1980 Mitglied des Bundestages. Von 2000 bis 2012 war er Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD. Er gehörte von 2001 bis 2011 dem SPD-Bundesvorstand an, und war von 1998 bis 1999 Bundesgeschäftsführer der SPD. Von 1997 bis 1998 war Ottmar stellvertretender Vorsitzender unserer SPD-Bundestagsfraktion.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de